

Rathaus - Korrespondenz

Herausgegeben vom Wiener Magistrat, Magistrats-Direktion - Pressestelle

Wien, I., Neues Rathaus, 1. Stock, Tür 8 a // Fernsprecher-Nr.: B 40-500, Klappe 013, 837 und 838

Für den Inhalt verantwortlich: Wilhelm Adametz

Montag, 15. Dezember 1952

Blatt 1974

"Der Krieg ist noch nicht zu Ende"

=====

Weihnachtsfeier für die Kinder Wiener Kriegsgefangener

Meierei

15. Dezember (RK) Sonntag nachmittag fand in Hübners Stadtpark eine Weihnachtsfeier für 150 Wiener Kinder statt, deren Väter sich noch immer in Kriegsgefangenschaft befinden. Die Feier, bei der die Kinder schöne Geschenke erhielten, wurde von der Stadt Wien mit Unterstützung des Bundesministeriums für Inneres, Abteilung Kriegsgefangenenfürsorge, veranstaltet. Außerdem erhielten die Kinder von der Quäkerhilfe Gaben. Die Pakete der Gemeinde enthielten Bekleidungsstücke, die der Kriegsgefangenenfürsorge Bücher und Spielsachen.

Bürgermeister Jonas, der mit den Vizebürgermeistern Honay und Weinberger sowie den Stadträten Afritsch und Koci erschienen war, wurde von den Kindern stürmisch begrüßt. Auch Minister Helmer hatte es sich nicht nehmen lassen, der Weihnachtsfeier beizuwohnen. Vor der Geschenkverteilung wurde ein kleines künstlerisches Programm durchgeführt, bei dem u.a. ein Orchester der Feuerwehr der Stadt Wien und die Wiener Sängerknaben mitwirkten.

Vizebürgermeister Honay begrüßte die Buben und Mädel. Dann sprach Minister Helmer, der in einer freundlichen Rede sagte, das schönste Weihnachtsgeschenk wäre es, wenn die Väter der Kinder heute zurückkommen würden. Die Großen versprächen den Kindern jedoch, daß sie alles tun werden, damit ihre Väter aus der Kriegsgefangenschaft möglichst bald zurückkommen.

Im Verlauf der Feier ergriff Bürgermeister Jonas das Wort, der zu den Müttern der Kinder sprach. Er sagte, es sei ein bescheidener Versuch der Gemeinde und der Regierung, den Kindern vor den Weihnachtsfeiertagen eine kleine Aufmerksamkeit zu erweisen und sie, die sie alle das gleiche Schicksal tragen, hier zu vereinen.

15. Dezember 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1975

Wenn es von uns abhinge, wären unsere Mitbürger schon längst wieder zurück. Aber wir geben trotzdem die Hoffnung nicht auf, denn der Krieg ist solange nicht zu Ende, solange es Männer gibt, die noch nicht in ihrer Heimat sind. Es ist eine noch nie dagewesene Situation in der Weltgeschichte. Abschließend sagte der Bürgermeister, wir wollen alle unsere Kraft dafür einsetzen, daß Ihr größter Wunsch bald in Erfüllung geht.

Entfallende Sprechstunden

=====

15. Dezember (RK) Wegen der Budgetverhandlungen findet die nächste Sprechstunde beim städtischen Wohlfahrtsreferenten, Vizebürgermeister Honay, erst Dienstag, den 30. Dezember, statt.

Rechnungsabschluß und Bilanzen 1951Wiener Gemeinderat

15. Dezember (RK) Der Wiener Gemeinderat trat heute vormittag unter dem Vorsitz von Bürgermeister Jonas zusammen, um über den Rechnungsabschluß der Stadt Wien, über die Bilanzen der Städtischen Unternehmungen sowie über den Bericht des Kontrollamtes für das Jahr 1951 zu beraten.

Zunächst werden die Wahlen für den Vorstand und das Schiedsgericht der Krankenfürsorgeanstalt der Stadt Wien durchgeführt, da die dreijährige Funktionsdauer mit diesem Jahr endet. Die von den einzelnen Parteien erstatteten Wahlvorschläge werden angenommen.

Stadtrat Sigmund (SPÖ) referiert über die Neufassung der Regelung der Lohn- und Arbeitsbedingungen für die landwirtschaftlichen Arbeitskräfte des Ökonomiebetriebes der Erziehungsanstalt der Stadt Wien in Eggenburg. Die Neufassung, die rückwirkend ab 1. Juli 1952 gilt, enthält eine Reihe von Besserstellungen, wie Erntepremien, Anrechnung der Saisonbeschäftigung auf den Urlaubsanspruch u.a.

GR.Dr. Altmann (LBl.) wendet sich dagegen, daß Unterschiede in der Entlohnung aufrecht halten werden, die lediglich im Geschlecht des Arbeitnehmers begründet sind. Er beantragt, die Stundelöhne für Tagelöhner und Tagelöhnerinnen über 18 Jahre mit einheitlich 4.88 S, für Tagelöhner und Tagelöhnerinnen unter 18 Jahren mit 4.73 S und für Jugendliche im Alter von 14 bis 16 Jahren einheitlich mit 4.06 S festzusetzen.

Er beantragt ferner die Annahme eines Beschluß-Resolutionsantrages, wonach der Gemeinderat der Stadt Wien erwartet, daß alle Stellen der Stadtverwaltung den Grundsatz "Gleicher Lohn für gleiche Arbeit!", der zu den ältesten Grundsätzen der Arbeiterbewegung gehört, überall dort verwirklichen, wo ihnen eine Einflußmöglichkeit zusteht.

Berichterstatter Stadtrat Sigmund weist in seinem Schlußwort darauf hin, daß Dr. Altmann hier die Begriffe verwechselt habe. Es handle sich hier lediglich darum, daß in dem weiten

Arbeitsgebiet der Landwirtschaft schwerere und leichtere Arbeiten durchgeführt werden müssen, wobei die Verpflichtung besteht, die schwerere Arbeit den Männern und die leichtere Arbeit den Frauen zu geben. Aus diesem Grunde sei die Verschiedenartigkeit der Einstufung gerechtfertigt. Es gehe nämlich nicht an, für verschiedenartige Arbeitsleistungen eine einzige Lohnstufe zu schaffen. Der Referent beantrage daher die Ablehnung der von GR.Dr. Altmann vorgebrachten Anträge.

Bei der Abstimmung wird der Antrag des Referenten angenommen; die Anträge Dr. Altmann werden abgelehnt.

Berichterstatter Stadtrat Sigmund referiert hierauf über die Verlängerung der Erhöhung des Beitrages für die Krankenfürsorgeanstalt der Angestellten und Bediensteten der Stadt Wien auf 4.2 % bis 31. Dezember 1953. Dieser Beitrag wurde am 30. Juni 1950 mit 4.2 % neu festgesetzt, und zwar für die Zeit vom 1.7.1950 bis 31.12.1951. Ab 1.1.1952 sollte der Beitrag auf 4.1 % herabgesetzt werden, in der Erwartung, daß durch die seinerzeitige Erhöhung auf 4.2 % der im Jahre 1949 aufgelaufene Gebarungsabgang von 1,8 Millionen Schilling gedeckt sein wird. Dieses Defizit des Jahres 1949 konnte jedoch nicht beseitigt werden, es hat sich vielmehr ein weiterer Gebarungsabgang ergeben. Somit mußte die für 1.1.1952 vorgesehene Beitragssenkung unterbleiben.

Der Referent betont ferner, daß der Krankenfürsorgeanstalt im kommenden Jahr ein Gesamtbeitrag von 4.7 % zufließen wird, weil zu diesen 4.2 %, die je zur Hälfte vom Dienstgeber und von den Dienstnehmern getragen werden, ein Zuschlag von 0.3 % kommt, der zur Deckung der Wiederaufbaukosten des Sanatoriums Hera dient, außerdem leistet die Gemeinde im nächsten Jahr auf Grund des Gemeinderatsbeschlusses vom 31.10.1952 einen Zuschuß von 0.2 % zur Bestreitung der Ausgaben der erweiterten Heilfürsorge.

GR.Dr. Altmann führt aus, daß die vorgeschlagene Erhöhung des Beitrages vom Standpunkte der Krankenfürsorgeanstalt zweifellos berechtigt sei. Dennoch spreche er sich gegen den Antrag des Referenten aus, weil die Notwendigkeit der Erhöhung auf die Tatsache zurückzuführen sei, daß die Gehälter der Bediensteten der Gemeinde Wien gegenüber anderen Entlohnungssätzen und gegenüber den Preisen für Sachgüter wesentlich zurückgeblieben sind. Es müßte daher endlich einmal die schon oft verlangte Anglei-

15. Dezember 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1978

chung der Gehälter erfolgen. Wenn eine solche Regelung erfolgen würde, könnte die Krankenfürsorgeanstalt mit ihren normalen Beiträgen nicht nur durchaus das Auslangen finden, sondern sie wäre auch in der Lage, ihre außersatzungsmäßigen Leistungen noch wesentlich zu erhöhen.

GR. Doppler (WdU) erklärt zu der Erhöhung der Beiträge zur Krankenfürsorgeanstalt, daß die Gemeinde Wien immer dann, wenn es darum geht, ihren Bediensteten neue Bürden aufzuerlegen, schnell bereit ist. Er stellt in diesem Zusammenhang fest, daß die Bundesbediensteten einen Beitrag von 2.2 Prozent ihrer Bezüge bezahlen, die Gemeindebediensteten jedoch 2.4 Prozent leisten sollen. Der Redner erinnert sodann an den von seiner Fraktion vor Monaten gestellten Antrag betreffend die Einbeziehung von Personen, die von der Gemeinde Wien einen außerordentlichen, nicht auf Rechtsansprüchen beruhenden Ruhe-, bzw. Versorgungsgenuß oder einen Unterhaltsbeitrag erhalten, in die Versicherung der KFA. Seine Fraktion könne einer weiteren Belastung der Bediensteten nicht die Zustimmung geben, solange dem Gemeinderat nicht der Entwurf einer Novellierung des Statutes der Krankenfürsorgeanstalt zur Beschlußfassung vorgelegt wird, der dem gestellten Antrag Rechnung trägt.

Stadtrat Sigmund weist die Forderungen des GR.Dr. Altmann zurück. Er stellt fest, daß erst vor kurzem eine Novellierung der Dienstordnung vorgenommen wurde, die ein Kompromiss zwischen den Wünschen der Bediensteten und den wirtschaftlichen Möglichkeiten der Gemeindeverwaltung war. GR. Doppler könne er erwidern, daß die Differenz der Beitragsleistung zwischen den Bundes- und den Gemeindebediensteten von 0.2 Prozent durch den Aufbau und die Ausgestaltung des Sanatoriums "Hera" notwendig wurde. Die Mehrheit der städtischen Bediensteten habe bei einer Gewerkschaftsversammlung in Anbetracht der Wichtigkeit des Sanatoriums "Hera" für die geringe Beitragserhöhung gestimmt.

Der Antrag des Referenten wurde mehrstimmig angenommen.

Der Rechnungsabschluß für 1951

Stadtrat Resch erstattete hierauf einen großangelegten Bericht über den Rechnungsabschluß der Bundeshauptstadt Wien für das Jahr 1951. Er gab einleitend seiner Befriedigung Ausdruck, daß es erstmals seit 1945 gelungen ist, den Rechnungsabschluß, der Verfassung entsprechend, rechtzeitig vorzulegen.

Die wirtschaftliche Entwicklung des Jahres 1951, erklärte der Stadtrat, war vor allem gekennzeichnet durch die Auswirkungen der Koreakrise. Die Gefahr, daß wieder ein Land seine Freiheit verlieren soll, hat die ganze freie Welt in Aufregung versetzt und überall Maßnahmen gefördert, die einer solchen Gefahr entgegenwirken sollten. Mit der verstärkten Nachfrage nach wichtigen Materialien für Rüstungszwecke sind notwendigerweise die Preise ins Steigen geraten, und diese Steigerung der Preise hat natürlich auch auf Österreich übergegriffen und auch bei uns eine Preissteigerungswelle ausgelöst. Diese Preissteigerungen haben in Österreich ihre stärkste Auswirkung erst im Jahre 1951 gefunden. Es war klar, daß damit die Arbeiter und Angestellten versuchen mußten, nach dieser Verteuerung der Lebenshaltung das alte Verhältnis zwischen Preisen und Löhnen wieder halbwegs zuzustellen. Das 5. Lohn- und Preisabkommen, das hoffentlich das letzte war, hat schließlich den Versuch unternommen, die Kaufkraft der Löhne den gestiegenen Preisen anzupassen.

Nach dem 5. Lohn- und Preisabkommen ist es aber im Jahre 1951 auf manchen Gebieten der Wirtschaft zu neuerlichen Preisexzessen gekommen, die weit über die Vereinbarungen hinausgegangen sind. Gegen Ende des Jahres, als die österreichische Wirtschaft wirklich vor der ernstesten Gefahr einer Inflation stand, haben sich sowohl die Wirtschaftstreibenden wie auch, was man nicht genug hervorheben kann, vor allem der Gewerkschaftsbund dazu entschlossen, durch einen Lohn- und Preisstopp zu versuchen, die gefährliche Entwicklung zum Stillstand zu bringen und eine Stabilisierung der Preise und Löhne und damit auch der Währung zu erreichen.

Die Gemeinde hatte im Jahre 1951 Anteil an mehreren Lohnbewegungen. Mit 1. März trat das 2. Nachziehverfahren in Kraft,

das eine Erhöhung aller Gehälter und Löhne um durchschnittlich rund 11 % brachte. Die Verhandlungen über die Angleichung der Bezüge der Altpensionisten brachten eine Angleichung auf 95 % der Neupensionisten und gleichzeitig die Vereinbarung, daß die vollständige Angleichung mit 1. Jänner 1953 zu erfolgen hat. Schließlich hat das 5. Lohn- und Preisabkommen zu einer weiteren Erhöhung der Bezüge der Gemeindebediensteten um nicht weniger als 26.7 % geführt. Im Zuge der Mietzinsreform wurde schließlich die Wohnungsbeihilfe eingeführt, die für die Gemeinde einen Mehrbetrag von 11 Millionen Schilling erforderte.

Infolge der stark angestiegenen Löhne und Gehälter sind auch die Ausgaben der Gemeinde Wien erheblich gestiegen. Obwohl es nicht möglich war, neue Steuern zur Deckung der Mehrausgaben beschließen zu lassen, ist es der Stadtverwaltung durch eine sparsame Verwaltung doch gelungen, trotz der Unruhe in der Wirtschaft den Rechnungsabschluß 1951 verhältnismäßig günstig abzuschließen. Der ordentliche Haushalt schloß aktiv ab, während sich im außerordentlichem Haushalt ein größeres Defizit erag. Die Gemeinde konnte in den Jahren 1948 - 1951 aktive Rechnungsabschlüsse vorlegen. Erst im Jahre 1952 ist durch einen erstmaligen passiven Rechnungsabschluß eine gewisse Verschlechterung eingetreten, wogegen die Gemeindeverwaltung Maßnahmen zu treffen hatte.

Ordentlicher Haushalt aktiv

Der ordentliche Gemeindehaushalt (ohne Kriegsschädenbehebung) schloß mit Einnahmen von 2.359 Millionen Schilling (Voranschlag 1.837 Millionen Schilling) und Ausgaben von 2.279 Millionen Schilling (Voranschlag 1,875 Millionen Schilling) mit einem Überschuß von 80 Millionen Schilling gegenüber einem im Voranschlag vorgesehenen Abgang von 38 Millionen Schilling. Die Einnahmen waren um 522 Millionen Schilling, die Ausgaben nur um 404 Millionen Schilling höher als veranschlagt, woraus sich eine Verbesserung des Rechnungsabschlusses gegenüber dem Voranschlag um 118 Millionen Schilling ergibt.

Bedeutend verschlechtert hat sich der außerordentliche Haushalt. Hier betragen die Einnahmen nur 13 Millionen Schilling gegenüber 51 Millionen Schilling im Voranschlag und die Ausgaben 142 Millionen Schilling (Voranschlag 144 Millionen Schilling), wodurch sich ein Defizit von 129 Millionen Schilling gegenüber

93 Millionen Schilling, die der Voranschlag angenommen hatte, ergibt.

Das Gesamtgebarungsergebnis von ordentlichem und außerordentlichem Haushalt schließt mit einem Abgang von 48.9 Millionen Schilling, der aus Rücklagen gedeckt werden kann.

Der starke Einnahmerückgang im außerordentlichen Haushalt resultiert vor allem aus geringeren Krediten des Wiederaufbaufonds, da die **Beteiligung** Wiens um nicht weniger als 39 Millionen Schilling geringer als im Voranschlag angenommen war. Dies ist jedoch eine Folge der bis 1951 üblichen Art der Budgetierung, weil nämlich bis dahin die zugewiesenen, seither aber nur die flüssiggemachten Kredite ausgewiesen wurden.

Die Einnahmen

Bei den Einnahmen erhöhten sich die Erträgnisse aus eigenen Steuern um 180 auf 736 Millionen Schilling, die eigenen Gebühren um 122 auf 839 Millionen Schilling und die Ertragsanteile um 181 auf 796 Millionen Schilling. In dieser Einnahmesteigerung sind die eigenen Gebühren mit einer Erhöhung um nur 17 % hauptsächlich wegen der geringen Erhöhung der **Verpflegskosten** in den Spitälern und Anstalten stark zurückgeblieben.

Von den Ertragsanteilen des Bundes stammen nicht weniger als 93 % von den drei Hauptsteuern, nämlich Einkommensteuer, Lohnsteuer und Umsatzsteuer. Dies beweist, daß jede Veränderung in diesen drei Steuern entscheidend die Ertragsanteile der Gemeinde Wien beeinflussen würde.

Die Ausgaben

Der Personalaufwand der Gemeinde Wien ist 1951 um 127 auf 759 Millionen Schilling gestiegen. Die Steigerung betrug bei den Hauptbezügen 82 Millionen Schilling und bei den Ruhegehältern 34 Millionen Schilling. Der Personalstand konnte im Laufe des Jahres immerhin um eine erkleckliche Zahl gesenkt werden. Er betrug in der Hoheitsverwaltung zu Beginn des Jahres 35.806, am Ende 34.640, verminderte sich also um 1.116. Demgegenüber ist die Zahl der Pensionisten nur um 310 auf 12.900 gestiegen.

Der laufende Sachaufwand war mit 700 Millionen Schilling um 140 Millionen Schilling höher als veranschlagt. Die Kapitalgebarung weist 213 Millionen Schilling aus, das ist um 74 Millionen Schilling mehr als im Voranschlag.

Die Investitionen

Die Investitionen haben im Jahr 1951 einen Betrag von 687 Millionen Schilling oder um 142 Millionen Schilling mehr als im Voranschlag ausgemacht. Zusammen mit dem Sachaufwand wurde für die Arbeitsbeschaffung ein Mehraufwand von 282 Millionen Schilling geleistet, wieder ein Beweis dafür, daß die Gemeindeverwaltung ununterbrochen bemüht ist, gerade die Positionen auf der Ausgaben-seite hochzuhalten, die in unserer Stadt Arbeit zu schaffen in der Lage sind. Der Mehraufwand für Investitionen verteilt sich auf 68 Millionen Schilling für den Wohnungsneubau, 48 Millionen Schilling für weitere bauliche Investitionen, 15 Millionen Schilling für Ersatzausführungen, 7 Millionen Schilling für Grundtransaktionen und 5 Millionen Schilling für Inventaranschaffungen. Mehr als zwei Milliarden für Kriegsschädenbehebung seit 1945

Der außerordentliche Aufwand schloß mit einer Ausgaben-summe von 142 Millionen Schilling, somit um 2 Millionen Schilling weniger als veranschlagt. Im einzelnen wurden zur Behebung von Kriegsschäden aufgewendet: 54 Millionen Schilling für Wohnhäuser der Stadt Wien, 18,8 Millionen Schilling für den Wiederaufbau von Schulen, 14,5 Millionen Schilling für Schlachthöfe und den Zentralviehmarkt, 14 Millionen Schilling für Brücken und Wasserbauten, 10 Millionen Schilling für Spitäler und Heime, 5 Millionen Schilling im Straßenbau und ganze 4 Millionen Schilling für Kriegsschäden der öffentlichen Beleuchtung.

Seit 1945 bis 1951 wurden für Kriegsschäden nicht weniger als 636,6 Millionen Schilling ausgegeben, wobei nur die wirklich großen Kriegsschäden im außerordentlichen Haushalt zu Buch stehen, während die Stadtverwaltung bestrebt ist, alle kleineren Schäden zusammen mit den Zeitschäden im ordentlichen Haushalt aufzuwenden. Wertet man diese Ausgaben für Kriegsschäden nur mit dem niedrigsten, dem Lohnvalorisierungsfaktor auf, so bedeutet dies, daß bis einschließlich 1951 der Betrag, den die Stadt Wien für die Behebung von Kriegsschäden ausgegeben hat, dem heutigen Geldwerte nach 2,1 Milliarden ausmacht. Zusammen mit den 118 Millionen Schilling, die die Gemeinde Wien 1952 für diesen Zweck aufwendet, ergibt sich ein Betrag von mehr als 2,2 Milliarden Schilling, den

die Stadt allein für die Behebung von Kriegsschäden bereitstellen mußte. 2,2 Milliarden sind soviel, wie etwa der Neubau von 30.000 Wohnungen kostet, die wir zusätzlich zu den tatsächlich errichteten noch hätten bauen können. Da wir ohne Krieg weitere hunderttausend Wohnungen nicht verloren hätten, kann man wohl mit voller Berechtigung sagen: Es würde ein Wohnungsproblem in Wien nicht mehr geben, wenn dieser entsetzliche Krieg uns nicht zu so hohen Ausgaben zur Behebung seiner Schäden gezwungen hätte.

Stadtrat Resch zählte sodann einige wichtige Aufwandsposten auf: In der Verwaltungsgruppe Kultur und Volksbildung wurden 1951 zum ersten Mal 600.000 Schilling als Subvention für die Wiener Festwochen und ebenfalls zum ersten Mal 100.000 Schilling für die Renner-Stiftung eingesetzt.

891,5 Millionen Gesamtbauaufwand

Für den Wohnungsbau wurden 398 Millionen Schilling ausgegeben, um 68 Millionen oder 21 Prozent mehr als im Voranschlag angesetzt waren. 1951 wurden damit zum ersten Mal die Ansätze für den Wohnungsbau nicht nur voll aufgebraucht, sondern auch aus der Wohnbaurücklage 68 Millionen verwendet. Stadtrat Resch teilte mit, daß der restliche Teil der Rücklage 1948 bis 1950 im Jahr 1952 verbraucht wurde. Was also in diesen Jahren aus Material- und Arbeitermangel versäumt werden mußte, ist entgegen vielen Prophezeihungen, die sagten, daß gar nicht die Absicht bestehe, diese Beträge wirklich auszugeben, restlos nachgeholt.

Für den Wohnhauswiederaufbau wurden 54 Millionen aufgewendet, um 10 Millionen weniger als vorgesehen. Dieser geringere Verbrauch ist jedoch allein auf die geringeren Kreditzuweisungen durch das Ministerium zurückzuführen. Zum ersten Mal wurden auch 7,2 Millionen Schilling Kredite für Wohnbaugenossenschaften aufgewendet, für Grundkäufe 22 Millionen Schilling.

Der Gesamtbauaufwand macht 891,5 Millionen Schilling aus, das sind nicht weniger als 35,6 Prozent des Gesamtvolumens des Rechnungsabschlusses; und zwar wurden für laufende Erhaltungsarbeiten 130 Millionen, für den Wohnungsbau 398 Millionen und für sonstige einmalige Bauvorhaben 220 Millionen sowie für Kriegsschäden 143 Millionen ausgegeben.

Wohlfahrts- und Gesundheitswesen

Das Wohlfahrtswesen und die Gesundheitspflege scheinen im Rechnungsabschluß mit Ausgaben von 682,6 Millionen gegenüber 550 Millionen im Voranschlag auf. Das sind 28 Prozent des Gesamtvolumens, das heißt fast ein Drittel aller Ausgaben. Der Referent nannte auch hier einige Detailziffern: für Kranken- und Wohlfahrtsanstalten wurden 480 Millionen aufgewendet, gegenüber 370 Millionen im Voranschlag; für die Jugend- und Erwachsenenfürsorge ausserhalb der Anstaltspflege 200 Millionen, gegenüber vorgesehenen 178 Millionen; für den Gesundheitsdienst 2 Millionen, um eine halbe Million mehr als angenommen. Der Zuschuß im Jahr 1951 für Kranken- und Wohlfahrtsanstalten machte 298 Millionen Schilling aus, gegenüber 201 Millionen im Voranschlag. Die Frage des klinischen Mehraufwandes ist mit dem Bund noch immer nicht geregelt. Der Bund hat auch 1951 für den gesamten klinischen Mehraufwand des Allgemeinen Krankenhauses nicht mehr als 1,8 Millionen angewiesen, anstelle der im Voranschlag angenommenen 10 Millionen Schilling. Die Klage beim Verfassungsgerichtshof ist, wie schon mehrfach berichtet, im Gange. Die erste Entscheidung des Gerichtshofes wegen der Zuständigkeit ist zugunsten der Gemeinde ausgefallen.

112 Millionen für die Schulen

In der Wohnhäuserverwaltung beträgt der Aufwand 68,4 Millionen Schilling, um 11 Millionen Schilling mehr als angenommen. Die Einnahmen betragen 39,7 Millionen Schilling, so daß der buchmäßige Abgang 28,7 Millionen ausmacht. Wenn man davon die Wertabschreibungen abzieht und die rein kassenmäßigen Ausgaben mit den Einnahmen vergleicht, so ergibt sich noch immer ein Abgang von 18,6 Millionen, ein Betrag der nur verantwortet werden kann, weil in den letzten zwölf bis vierzehn Jahren wohl die Mietzinse von der Gemeinde eingehoben, nicht aber die entsprechenden Erhaltungsarbeiten an den Wohnhäusern vorgenommen werden. Stadtrat Resch betonte, wenn diese Arbeiten nachgeholt sein werden, dann muß in den städtischen Häusern der gesamte Erhaltungsaufwand aus den Mietzinsen getragen werden.

Für die Schulen wurden 112 Millionen Schilling aufgewendet,

das sind um 13 Millionen mehr. Für die Erhaltung, die Instandsetzung und den Neubau von Schulen sind 50,5 Millionen Schilling ausgegeben worden, für die Kriegsschädenbehebung 20,6 Millionen also für Bauzwecke allein 71 Millionen.

Gemeinde Wien kreditfähig

in

Über den Schuldenstand und den Schuldendienst/der Hoheitsverwaltung ohne die Unternehmungen berichtete der Referent, das mit 31. Dezember 1951 der Schuldenstand 91,9 Millionen Schilling ausmachte. Die Nettobelastung durch den Schuldendienst betrug 4,9 Millionen Schilling, das sind nur 2 Promille des Volumens des Rechnungsabschlusses. Von je 1000 Schilling, die die Gemeinde ausgibt, sind also nur 2 Schilling für den Schuldendienst zu tragen. Damit wurde auch 1951 die Aufgabe erfüllt, die Kreditfähigkeit der Gemeinde zu erhalten. In dem Augenblick, in dem es für die Gemeinde wieder ausreichende Kredite gibt, wird man daher in der Lage sein nachzuweisen, daß die Gemeinde auch einen großen Kredit tragen kann. Stadtrat Resch sagte, er hoffe, daß es seinem Nachfolger vergönnt sein werde, einen so bedeutenden Kredit aufzubringen, daß alle großen Aufgaben der Stadt befriedigt werden können und damit endlich jener große Fortschritt erzielt wird, der heute nicht möglich ist.

Von den durchgeführten größeren Investitionen erwähnte Stadtrat Resch 7,8 Millionen Schilling für Kindergärten, 20 Millionen Schilling für den Wiederaufbau der Spitäler, 36 Millionen für Straßenbauten, 49 Millionen für Brücken- und Wasserbauten, 19 Millionen für Kanalbauten, 16 Millionen für Wasserwerksbauten, 10,5 Millionen für Öffentliche Beleuchtung, 5 Millionen für die Wiederherstellung der Gärten, 13 Millionen für Bäder, 13 Millionen für Straßenpflege und 19 Millionen Schilling für Märkte und Schlachthöfe. Abschließend wies der Referent darauf hin, daß wieder ein Geld- und Mengeninventar im Rechnungsabschluß ausgewiesen sei. Daraus könne man ersehen, wie umfangreich der Besitz dieser Stadt, wie umfangreich aber auch die Erhaltung und der Nachschaffungsaufwand sein muß.

Funktionäre haben keine Nebeneinkommen

Ferner bemerkte Stadtrat Resch, daß drei Gemeindemitglieder während der Auflage des Rechnungsabschlusses von ihrem Recht der Einsichtnahme Gebrauch gemacht haben; aber nur ein Gemeindemitglied, ein Angestellter aus dem 18. Bezirk, hat Erinnerungen zu Protokoll gegeben. Bei der Gewinnabfuhr der städtischen Unternehmungen wünscht er, auch die Bilanzen der "Bestattung" und der "Gewista" zur Einsichtnahme aufzulegen. Der Referent hielt dem entgegen, daß dies nach der Verfassung nicht vorgesehen sei. Es kann nicht Aufgabe der Gemeinde sein, die Konkurrenz zu informieren. Weiter wurde angeregt, die Funktionäre mit selbständigen Einkommen mögen auf ihre Gebühren zugunsten der Stadt Wien verzichten. Stadtrat Resch stellte dazu grundsätzliches fest: er führte aus, daß elf Stadträte und der Bürgermeister, also insgesamt zwölf Funktionäre voll bezahlt, aber auch voll beschäftigt sind. Davon sind zehn entweder öffentliche oder private Arbeiter oder Angestellte, nur zwei sind selbständige Unternehmer. Alle öffentlichen oder privaten Arbeiter oder Angestellten, die vollbezahlte Funktionäre der Stadt sind, können weder privat noch öffentlich tätig sein. Alle diese Herren haben daher ihre Gebühren oder Gehälter eingestellt. Sie beziehen neben ihren Funktionsgebühren überhaupt keine privaten oder öffentlichen Einkommen. Sämtliche Funktionäre, die von der Gemeinde Wien in irgendein Unternehmen entsendet werden, sind auf Grund eines Beschlusses des Gemeinderates verpflichtet, sämtliche Gebühren, die sie daraus erhalten, restlos abzuführen. Auch die Gebühren jener Herren, die im Bundesrat oder Nationalrat sind, werden zur Gänze hier abgezogen, Stadtrat Resch stellt auch in seinem Namen fest, daß seine Funktion als Vizepräsident der Nationalbank vollkommen unbezahlt ist, er erhalte unter keinem wie immer gearteten Titel auch nur einen Groschen. Die selbständigen Unternehmer unter den Funktionären jedoch haben durch die Ausübung ihrer Funktion so viele Lasten zu tragen, daß man hier wohl anerkennen muß, daß auch sie keinen Vorteil, sondern wahrscheinlich nur Nachteile haben. (Beifall)

Das Bestmögliche für die Bevölkerung

Stadtrat Resch referierte hierauf über den Bericht des Kontrollamtes der Stadt Wien über wichtigere Wahrnehmungen im Geschäftsjahr 1951 und weist dabei darauf hin, daß die Mehreinnahmen Wiens einschließlich der Ertragsanteile und Zuschläge im Jahre 1951 gegenüber dem Jahre 1950 28.7 % ausmachten, während die Steigerung der Steuereingänge des Bundes nach Abzug der Ertragsanteile 45.7 % betrug. Die Lage des Bundes auf der Einnahmenseite habe sich daher im Jahre 1951 wesentlich besser gestaltet als die Lage der Gemeinde Wien.

Das Kontrollamt weist in seinem Bericht wiederum auf den hohen Abgang der Spitäler hin und rechnet aus, daß der Zuschuß der Gemeinde für ein Spitalsbett im Jahre 1951 durchschnittlich nahezu 14.000 Schilling betragen hat. Die Belastung, die der Gemeinde aus der Führung der Fondskrankenanstalten erwachsen, machte 1951 allein 112 Millionen Schilling aus.

Es ist zu ersehen, daß auch im Jahre 1951 mit den Einnahmen der Gemeinde Wien so gewirtschaftet wurde, daß für die Bevölkerung dieser Stadt daraus das Bestmögliche erzielt wurde. Der Referent beantragt, dem Rechnungsabschluß und dem Kontrollamtsbericht zuzustimmen. (Lebhafter Beifall bei SPÖ und ÖVP).

Debatte über den Rechnungsabschluß 1951

GR. Ing. Haider (WdU) betont, daß die Entwicklung der Gemeindefinanzen gegenüber den Vorjahren eine Wendung zum Schlechteren darstelle. Auf der Einnahmenseite zeige sich, daß der Anteil Wiens aus den Erträgnissen des Finanzausgleichs die eigenen Steuereingänge bereits überholt habe.

Es könne nicht oft genug angeprangert werden, daß man den Stadtwerken, insbesondere den Verkehrsbetrieben, eine auffallend hohe Steuer in Form der Benützungsgebühren aufhalst, um eine negative Bilanz erstellen und überhöhte Tarife einheben zu können. Die öffentlichen Abgaben werden für die Wirtschaft immer untraglicher und unerschwinglicher und erweisen sich für den einzelnen Betrieb oft als ruinös.

15. Dezember 1952

"Rathaus-Korrespondenz"

Blatt 1988

Das Bild, das die Verpflegskostengebarung des Jahres 1951 zeige, sei noch immer höchst unerfreulich, namentlich hinsichtlich der Heil- und Pflegeanstalten für Geisteskranke.

Es sei zu begrüßen, daß die Wohnbaurücklage des Jahres 1951 bis auf einen Rest von 20 Millionen verbraucht worden ist und in diesem Jahr 5.276 Wohnungen fertiggestellt wurden.

Auffallend sei ein Überschuß von rund 114.000 Schilling beim Kapital Flüchtlingsfürsorge. Man habe sich hier trotz der Dringlichkeit mit dem Bau des Flüchtlingslagers Simmering offenbar sehr viel Zeit gelassen. Dies sei umso bedauerlicher, weil es sich hier um arme Menschen handelt, die ihre Heimat verloren haben, bei uns recht fleissig zupacken, aber trotzdem oft recht stiefmütterlich behandelt werden.

In fast 700 Rubriken sei es notwendig gewesen, Zuschußkredite zu geben, die der Gemeinderat als vollzogene Tatsache nachträglich zu genehmigen hat. Dadurch werde der Gemeinderat immer mehr zu einer Abstimmungsmaschine.

Da die Unabhängigen für den Voranschlag 1951 gestimmt haben, werden sie auch dem Rechnungsabschluß ihre Zustimmung geben.

GR. Dr. Soswinski (LBl.) weist darauf hin, daß der Rechnungsabschluß der Bevölkerung die Möglichkeit biete, festzustellen, wieviel von dem Versprochenen in die Wirklichkeit umgesetzt wurde, und festzustellen, ob es besser oder schlechter geworden ist. Man versucht ja die Bevölkerung mit Prozentziffern zu bombardieren und möglichst hohe Millionen- und Milliardenbeträge zu errechnen, um die Menschen zu verwirren.

Um es dem Linksblock unmöglich zu machen, Anträge sozialer Natur zu stellen, hat man im Rechnungsabschluß 1951 eine kleine buchhaltungsmäßige Transaktion gemacht und läßt dieses Jahr angeblich mit einem Defizit schließen, um der Bevölkerung einzureden, daß man 1951 mehr ausgegeben als eingenommen hat. Es sei jedoch unwahr, daß dieser Rechnungsabschluß mit einem Abgang abschließt. Es gehe vielmehr aus dem Rechnungsabschluß hervor, daß sich die allgemeinen Rücklagen um 27,7 Millionen Schilling erhöht haben.

Der Redner stellt den Antrag, die zuständigen Stellen der Stadtverwaltung aufzufordern, alles vorzukehren, damit der Betrag von 27,7 Millionen Schilling, um den sich die allgemeinen Rücklagen im Laufe des Jahres 1951 erhöht haben, für die Erhöhung der Fürsorgeunterstützungen und die Förderung der Jugendwohlfahrt verwendet werde. Der Redner verweist sodann auf die Rechnungsabschlüsse, nach denen man schon seit Jahren feststellen kann, daß die Gemeinde und das Land Wien - wie alle übrigen Gemeinden in Österreich - dauernd und von Jahr zu Jahr in steigendem Ausmaß mehr zu den Lasten des Bundes beitragen müsse. Dies erstens in der Form, daß die Länder und Gemeinden auf jene Anteile der Steuern verzichten, die nach dem Gesetz zwischen Bund und Ländern geteilt werden sollten, und zweitens durch das sogenannte Notopfer. Es handelt sich um hunderte Millionen Schilling. Hier müßte dringend Abhilfe geschaffen werden. Als große Notwendigkeit bezeichnet der Redner auch die Eintreibung der Steuerschulden, die in ganz Österreich über 600 Millionen Schilling betragen, also für Wien bestimmt viele Dutzende von Millionen Schilling ausmachen.

GR. Dr. Soswinski ersucht sodann um Aufklärung, wieso die Ansätze für die Abfuhr von Bezügen und Gebühren der gewählten Funktionäre an die Stadtkasse von 220.000 Schilling eine Steigerung um knapp 50 Prozent auf 322.000 Schilling erfahren haben.

Zur Wohlfahrtspflege meint der Redner, es werde langsam schwierig, daran zu denken, daß an der Spitze dieser Verwaltungsgruppe einmal ein Mann wie Julius Tandler stand, weil das Fürsorgewesen von heute gerade das Gegenteil von dem sei, was sich Tandler vorgestellt habe. Im Jahre 1950 seien die Gesamtausgaben des Rechnungsabschlusses gegenüber dem Budget um 20 Prozent, die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen um 10 Prozent gestiegen. Im Jahre 1951 hätten sich die Gesamtausgaben um 56 Prozent, die für das Wohlfahrtswesen jedoch nur um 16 Prozent erhöht. Während im Vorjahr immerhin noch die Hälfte der Verteuerung ausgeglichen wurde, war es im Berichtsjahr nicht einmal ein Drittel.

Der Linksblock vertrete die Meinung, daß das Kontrollamt nicht den Weg gehen möge, den der Rechnungshof gegangen sei, nämlich sich zu einem Instrument der Koalitionspolitik herzuge-

ben und die Fehler dieser Politik zu rechtfertigen. So sei die Feststellung, wie sie im Kontrollbericht enthalten sei, daß 1951 eine Verbesserung in der Lebenshaltung der Rentner eingetreten wäre, eine Unverfrorenheit. Man möge einmal die Rentner und Befürsorgten fragen, ob sich ihre Lage verbessert oder verschlechtert habe.

Es sei eine allgemeine Unzufriedenheit mit der Qualität des Essens bei der Kindergartenauspeisung wahrzunehmen. Die Ursache hierfür, erklärt der Redner, könne man dem Kontrollbericht über die WÖK entnehmen. Während die WÖK im Jahre 1950 noch einen Verlust von 590.000 S auswies, schloß sie für das Jahr 1951 mit einem Gewinn ab, obwohl die Zahl der verabreichten Werkessen und Menüs zurückgegangen ist. Hingegen aber wurde die Zahl der Portionen für die Schul- und Kindergartenauspeisung von 3,1 auf 5,6 Millionen erhöht. Es zeige sich also, daß mit dem Hunger der Kleinsten in den Kindergärten ein Unternehmen aktiv gemacht wurde. Man scheue sich nicht, zu diesem Zweck von den kleinsten Kindern, deren Mütter keine Möglichkeit haben, bei der Nachbarin ein Mittagessen wärmen zu lassen, die benötigten Groschen zu ziehen.

Auf dem Gebiete des Wohnungsbaues habe man mit den gleichen 330 Millionen wie im vorausgegangenen Jahr nicht mehr, sondern weniger gebaut. Dennoch wolle man das "Wunder" glaubhaft machen, daß alle Preise und Löhne gestiegen, die Baukosten jedoch gesunken seien. Wie sehr sich eine solche Argumentation widerspreche, zeige am besten die Rechnung des Stadtrates Resch, der die Aufwendungen für die Behebung von Kriegsschäden in den Jahren bis 1951 einfach mit 3 multipliziert habe, um zum heutigen Schillingwert zu gelangen. Man habe aber in den Neubauten unter anderem die Zimmerhöhe von drei Meter allmählich auf 2,75 m gesenkt und stelle jetzt bereits fest, daß vom gesundheitlichen Standpunkt auch 2,50 m genügen.

Damit nähere man sich im Wohnungsbau langsam einer Vogelhäuselstruktur. Von Jahr zu Jahr werde die Bauweise immer primitiver und nehme eine Entwicklung, von der man bald nicht mehr sagen könne, daß sie einem modernen Wohnungsbau entspreche. Wenn aber im Wohnungswesen der Notstand der Bevölkerung statt kleiner ständig größer werde, so könne man auch hier sagen, daß auf diesem Gebiete nichts geschehen ist.

Hinsichtlich Kultur und Schulbildung habe der Rechnungsabschluß genau das gehalten, was das Budget 1951 versprochen habe. Die lächerlich geringen Beträge konnten nicht mehr unterschritten werden. Die Kulturfeindlichkeit der Politik der Koalitionsparteien werde nur noch von den Phrasen übertroffen, die in diesem Gemeinderat über Kultur gesprochen wurden. Wenn die Jugend Sport betreiben wolle, so finde sie hierfür keine Unterstützung bei der Gemeinde. Die Schulmisere habe im Jahre 1951 unverändert angehalten. Bei der gegenwärtigen Politik sei es offenbar völlig nebensächlich, ob die Kinder, die künftigen Arbeits- und Berufslosen, etwas mehr oder weniger lesen und schreiben können.

Abschließend sagte der Redner, das Jahr 1951 habe bewiesen, daß die Gemeindeverwaltung nicht in der Lage war, entscheidende Probleme zu lösen, sei es auf dem Gebiet des Verkehrs, der Elektrizitätsversorgung oder des Wohnungsbaues. Nirgends wurden entscheidende Änderungen zum besseren durchgeführt. Die Gemeinde habe eine Wirtschaftspolitik unterstützt, die sich gegen die Interessen der Stadt Wien richtete. Aus allen diesen Gründen könne der Linksblock dem Rechnungsabschluß nicht die Zustimmung geben. Der Bericht des Kontrollamtes werde vom Linksblock zur Kenntnis genommen.

GR.Dr.Prutscher (ÖVP) sagte, der Rechnungsabschluß böte die Gelegenheit zu einer kleinen Budgetdebatte. Indessen sei aber gerade im Rahmen der folgenden Budgetberatungen Gelegenheit, die Ergebnisse des Jahres 1951 mit den Erfordernissen des kommenden Jahres zu vergleichen. Seine Fraktion werde dann zu den einzelnen Punkten ausführlich Stellung nehmen. Der Redner beschränkte sich darauf, das Ersuchen zu stellen, der Referent möge in seinem Schlußwort auch tatsächlich auf die während der Debatte gestellten Fragen und gegebenen Anregungen Stellung nehmen.

Er erinnerte an einige Fragen seiner Fraktion bei früheren Gelegenheiten auf die der Referent nicht eingegangen sei.

Im übrigen gab der Redner im Namen der Volkspartei die Zustimmung zu dem Rechnungsabschluß 1951. Der Bericht des Kontrollamtes werde zur Kenntnis genommen. (Beifall bei der ÖVP.)

GR. Glaserer (SPÖ) nimmt gegen die Ausführungen von Dr. Soswinski Stellung und hält ihm entgegen, daß die Finanzpolitik in diesem Hause immer gut und verantwortungsbewußt war. Er erinnert daran, welche Summen von Leistungen in diesem einem Jahr durch die Gemeinde erbracht wurden. Als Beispiel führt er den Bau des Breitner-Hofes auf der Linzer Straße an. Auf dieser Grundfläche, wo heute eine der schönsten Anlagen der Stadt Wien entsteht, wurde 1916 eine Barackenstadt als Reservelazarett errichtet. Später zogen dort Wohnungslose ein. Das ist nun mehr als 30 Jahre her. Als 1934 die Schaffung von neuem Wohnraum aufhörte, haben zwar die Vertreter des Ständestaates gesagt, diese Barackenstadt sei ein Schandfleck, aber sie haben sie weiter bestehen lassen, auch in der Nazizeit wurde festgestellt, daß die Barackenstadt ein Schandfleck sei, doch auch da ist nichts geschehen. So ist es dem heutigen Gemeinderat vorbehalten geblieben, diese Kulturschande zu beseitigen.

Abschließend sagte GR. Glaserer: Wir sind stolz darauf, daß wir den 1949 von unseren Wählern erhaltenen Auftrag auch 1951 voll erfüllt haben. (Beifall bei der SPÖ.) Der Rechnungsabschluß 1951 ist das getreue Spiegelbild einer verantwortungsvollen Verwaltung, das Spiegelbild der Leistungen, die von der Gemeinde Wien auf allen Gebieten des kommunalen Lebens erbracht wurden. Hunderte von Millionen Schillinge sind für die Arbeitsbeschaffung ausgegeben worden. Daraus geht eindeutig hervor, daß immer dort, wo Sozialisten entscheidenden Einfluß auf die Verwaltung haben, alles getan wird, um Arbeit und Brot zu schaffen; denn dies bedeutet soziale Sicherheit und inneren Frieden. Das sind die Voraussetzungen für den Fortschritt und die Aufwärtsentwicklung unserer Stadt und unserer Bevölkerung. (Beifall bei den Sozialisten.)

Berichterstatter Stadtrat Resch beschäftigt sich in seinem Schlußwort zunächst mit den Ausführungen des GR. Ing. Haider und stellt fest, daß die Gebrauchsgebühren oder Wegebenützunggebühren nichts mit einer Gewinnabfuhr dieser Unternehmungen zu tun haben. Diese Steuern müssen von den öffentlichen Unternehmungen genau so wie von den anderen Unternehmungen getragen werden. Die Monopolbetriebe der Gemeinde werden, wie vor dem Jahre 1934, nur nach dem Prinzip der Selbstkostendeckung geführt. Es wäre, insbesondere bei Konkurrenzbetrieben, ein Unrecht, wenn man öffentlichen Betrieben Steuerbegünstigungen gewähren würde, die es den öffentlichen Betrieben leichter machen würden, die Konkurrenz mit den Privatbetrieben auszuhalten.

Die bemängelten Zuschußkredite seien im Jahre 1951 deshalb so hoch gewesen, weil durch die Lohn- und Preiserhöhungen die Ausgaben im Jahre 1951 ununterbrochen angestiegen sind. Keineswegs aber werden dadurch die Rechte des Gemeinderates beeinträchtigt.

Die Rede des GR.Dr. Soswinski habe im wesentlichen den gleichen Inhalt wie seine bisherigen Reden gehabt, er habe nämlich alles herabgesetzt, was in dieser Gemeinde geschieht. Wenn man die Leistungen schon nicht bestreiten könne, fange man eben zu lizitieren an und bezeichne die vollbrachten Leistungen als zu gering. Eine solche Politik sei nicht schwer und finde möglicherweise einen gewissen Widerhall, wenn man aber eine Verantwortung trage, dürfe man nicht nur fordern, sondern müsse auch dafür sorgen, daß die Forderungen verwirklicht werden.

Wenn Dr. Soswinski behauptet habe, daß die Gemeinde im Jahre 1951 überhaupt kein Defizit gehabt habe, dann heiße das die Dinge auf den Kopf stellen. Tatsächlich sei in der Gebarung des Jahres 1951 bei einer Gegenüberstellung der tatsächlichen Einnahmen und Ausgaben ein Abgang von 48,9 Millionen zu verzeichnen gewesen.

Es sei richtig, daß der Finanzminister der Gemeindeverwaltung 92 Millionen schuldig geblieben sei. Da aber die Abrechnung der Ertragsanteile und der gemeinschaftlichen Bundessteuern erst in der Mitte des folgenden Jahres erfolge, können diese Rückstände erst zu einem Zeitpunkt festgestellt werden, in dem der Rechnungsabschluß schon längst fertiggestellt ist.

Zu den Ausführungen Dr. Soswinskis über den Anteil Wiens am Bundespräzipium sei zu sagen, daß man nur dann zu so rein egoistischen Schlußfolgerungen kommen kann, wenn man bewußt die Existenz unseres Staates gefährden will.

Auch die Ausführungen dieses Redners über die Steuerschulden seien vollkommen unrichtig gewesen. Bei den gemeindeeigenen Abgaben sei im Jahre 1951 die Einnahmensumme um 27 Prozent gestiegen, während die Rückstände an eigenen Abgaben in der gleichen Zeit nur um 16 Prozent gestiegen sind. Die Rückstände haben sich also absolut und auch relativ gesehen vermindert. Die großen Worte über die ungeheueren Steuerschulden treffen also zumindest auf die eigenen Abgaben der Gemeinde Wien nicht zu.

Die Frage nach dem Anteil der Sportveranstaltungen an der Vergnügungssteuer - wobei die Veranstaltungen auf dem Platze des Wiener Eislaufvereines ausgeschieden sind - sei dahingehend zu beantworten, daß hier im Jahre 1951 2,2 Millionen Schilling eingegangen sind, wobei nicht vergessen werden darf, daß der größte Teil dieser Einnahmen nicht aus den Sportveranstaltungen der breiten Masse der Sporttreibenden einfließt, sondern aus den geschäftlichen Veranstaltungen im Stadion und auf sonstigen Plätzen. Der Anteil der kleinen Vereine an diesem Steueraufkommen sei verschwindend gering.

Grundsätzlich stellt Stadtrat Resch fest, daß die Gemeinde in den letzten Jahren bewußt darauf hingearbeitet hat, gewisse Rücklagen zu schaffen, weil sie es als eine Aufgabe der öffentlichen Verwaltung angesehen hat, eine krisenfeste Eigenwirtschaft zu betreiben und in Zeiten der Krise, wie sie sich zum Beispiel jetzt ankündigen, über Rücklagen zu verfügen, um durch das Hineinwerfen dieser Gelder in die Wirtschaft solche Krisen wenigstens zu mildern.

Auch die Behauptung, daß die Ausgaben für das Wohlfahrtswesen im Jahre 1951 nur um 16 Prozent gegenüber 1950 gestiegen seien, während die Gesamtausgaben mehr als 50 Prozent höher lagen, habe nicht den Tatsachen entsprochen. In Wahrheit habe sich das Verhältnis der Ausgaben für das Wohlfahrtswesen gegenüber den allgemeinen Ausgaben nicht verschlechtert, sondern ver-

bessert.

Auch die Demagogie des Linksblocks mit den Fürsorgerenten müsse einmal tiefer gehängt werden. Man solle doch nicht immer wieder zu behaupten versuchen, daß es früher viel besser gewesen sei als nach dem Jahre 1945. Tatsächlich habe vor 1938 die niedrigste Fürsorgerente 12 Schilling und die höchste 56 Schilling im Monat ausgemacht. Heute sind diese Rentenleistungen wesentlich verbessert, außerdem erhalten die Fürsorgerentner eine Mietzinsbeihilfe, und auch die Sachbeihilfen haben eine ungeheure Ausdehnung erfahren.

Der Linksblock sei auch krampfhaft bemüht, alle möglichen und unmöglichen Argumente heranzuziehen, um die Tatsache zu verwischen, daß im Jahre 1951 Wien mehr Wohnungen gebaut hat als jemals zuvor in dieser Stadt in einem Jahr gebaut wurden. Diese Tatsachen können die Kommunisten trotz aller Rabulistik nicht aus der Welt schaffen, ebenso auch nicht die Tatsache, daß um 68 Millionen Schilling im Jahre 1951 mehr verbaut wurden, als im Voranschlag vorgesehen waren.

Auch der Vorwurf, daß für die Schulen nichts geschehen sei, gehe vollkommen daneben, wurden doch allein 71 Millionen Schilling für Investitionen baulicher Art ausgegeben. Man könne auch nicht behaupten, daß nichts unternommen wurde, um den Wechselunterricht an den Schulen zu beseitigen. Es sei gelungen, mit Ausnahme der Randgemeinden den Wechselunterricht im Schuljahr 1952/53 auf 5 Prozent zu senken.

Auch der Unterricht selbst sei dem Linksblock nicht modern genug. Das entspreche vielleicht den Auffassungen der Kommunisten, die Mehrheit des Gemeinderates zähle jedoch beispielsweise Schießunterricht und Geländeunterricht nicht zu den Notwendigkeiten eines modernen Schulbetriebes. (Lebhafter Beifall bei den Sozialisten.)

Am Schlusse seiner Ausführungen habe Dr. Soswinski wie gewöhnlich ein politisches Glaubensbekenntnis abgelegt und über die entsetzlichen Grausamkeiten in Korea und die fürchterlichen Folgen des Marshallplanes gesprochen. Das sei eben die Anschauung der Kommunisten über die freie Welt.

15. Dezember 1952 "Rathaus-Korrespondenz" Blatt 1996

(GR. Lauscher: Was ist eine freie Welt?) Eine freie Welt ist hier, so Sie sich befinden, wo Sie offen reden dürfen, ohne gewisse Folgen fürchten zu müssen! (Lebhafter Beifall bei der SPÖ. - GR. Lauscher: Sie haben eine Vorstellung von der Freiheit!) Stadtrat Resch unter Hinweis auf den Slansky-Prozeß: Für die Herren des Linksblocks wäre es gut, wenn sie rechtzeitig an ihrem "Geständnis" arbeiten würden; aber auch den Ariernachweis nicht vergessen! (Zustimmung.)

Wenn der Marshallplan im Endeffekt nicht jene Auswirkung gehabt hat, die man bei einer solchen Blutauffrischung von 7 Milliarden hatte erwarten müssen, so liegt das daran, daß wir in Österreich über einen großen Teil unseres Eigentums nicht frei verfügen dürfen, und daran, daß die Bodenschätze unseres Landes von Fremden ausgebeutet werden und dafür kein Groschen in die österreichische Wirtschaft fließt. Wenn man ferner bedenkt, daß nach Kriegsende Maschinen, ja ganze Fabrikeinrichtungen - auch solche der Gemeinde Wien - verschleppt wurden, wenn man bedenkt, daß die Behebung der Kriegsschäden gigantische Beträge erfordert, wenn man bedenkt, daß die Kosten der Besetzung durch vier Mächte einen großen Teil dessen, was die österreichische Wirtschaft sich mühselig erarbeitet, wegfrisst, dann muß man doch anerkennen, daß die Fortschritte der österreichischen Wirtschaft außerordentlich groß sind. Trotz der bestehenden Schwierigkeit hat die österreichische Wirtschaft mit Hilfe des Marshallplanes gigantische Leistungen vollbracht.

Zum Schlusse spricht Stadtrat Resch allen Beamten, insbesondere den Beamten des Rechnungsdienstes, des Kontrollamtes und der Finanzgruppe überhaupt namens des Gemeinderates den besten Dank aus. (Lebhafter allgemeiner Beifall.)

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Referenten mit den Stimmen von SPÖ, ÖVP und WdU angenommen. Der Beschluß-Resolutionsantrag des GR. Dr. Soswinski wird abgelehnt.

(Unterbrechung des Sitzungsberichtes)

I-Karte genügt!

=====

15. Dezember (RK) Zur Vermeidung von Mißverständnissen wird nochmals darauf aufmerksam gemacht, daß bei der Häuserbegehung am 16. und 17. Dezember der für Inländer ausgestellte Identitätsausweis als Nachweis der Staatsbürgerschaft und des Alters gilt. Es genügt also bei der Häuserbegehung, den für Inländer ausgestellten Identitätsausweis vorzuweisen. Nur dann, wenn das Wähleranlageblatt unmittelbar bei der magistratischen Dienststelle abgegeben wird, die in der Kundmachung genannt ist, muß neben dem Identitätsausweis für Inländer auch der Meldezettel vorgewiesen werden.

Bei diesem Anlasse wird auch in Erinnerung gebracht, daß dann, wenn noch keine Hausliste samt Wähleranlageblätter in ein Wohnobjekt zugestellt sein sollte, dies unverzüglich der auf den Kundmachungen genannten magistratischen Dienststelle mitgeteilt werden muß.

Elftausend sahen bisher "Das gute Bild für jeden"

=====

120 Bilder verkauft

15. Dezember (RK) Die vom Amt für Kultur und Volksbildung gemeinsam mit allen Wiener Künstlerverbänden veranstaltete Ausstellung "Das gute Bild für jeden" wurde seit ihrer Eröffnung am 5. Dezember bereits von über 11.000 Personen besucht. In dieser Ausstellung, in der bekanntlich eine Graphik höchstens 300 Schilling und ein Aquarell höchstens 400 Schilling kostet, wurden bereits 120 Arbeiten verkauft. "Das gute Bild für jeden" ist noch bis 30. Dezember täglich von 9 bis 19 Uhr im Secessionsgebäude, Wien I., Friedrichstraße 12, bei freiem Eintritt geöffnet.

Fortsetzung des SitzungsberichtesDie Bilanzen 1951 der Städtischen Unternehmungen
=====

Den Bericht über die Rechnungsabschlüsse der Wiener Stadtwerke, des Brauhauses der Stadt Wien, der Städtischen Bestattung und der Gewista für das Jahr 1951 referierte Stadtrat Dkfm. Nathschläger (ÖVP). Er erklärt, daß auch die Städtischen Unternehmungen durch die Auswirkungen des fünften Lohn- und Preisabkommens in ihren Voranschlägen stark beeinträchtigt wurden. Die Einfuhren an tschechischer Kohle sanken in den Monaten Mai, September und Oktober bis auf ein Achtel, jene an Ruhrkohle in den Monaten Mai, August und September bis auf ein Drittel der vorgesehenen Mengen. Um eine ernste Beeinträchtigung der Gasversorgung zu vermeiden, mußte amerikanische Kohle eingeführt werden. Es trat auch eine Verteuerung der Kohle ein. So stieg zum Beispiel der Preis der tschechischen Grobkohle um 78,7 Prozent, der der Ruhr-Feinkohle um 38,2 Prozent. Die amerikanische Kohle stieg durch die Erhöhung der inländischen Fracht, der Ausgleichsteuer und sonstiger Gebühren um nahezu 40 Prozent. Durch all diese Erhöhungen, ferner durch Erhöhung der Umsatzsteuer und schließlich durch den Wegfall von Subventionen, die im Zusammenhang mit der Neuregelung der Relation des Schillings zum Dollar für das erste Viertel 1951 noch gewährt wurden, waren Tarifregulierungen nicht mehr zu umgehen. Sie wurden vom Wiener Gemeinderat mit Wirksamkeit ab August 1951 beschlossen. Diese Tarifregulierungen beliefen sich bei Strom auf nicht ganz 40 Prozent, bei Gas auf etwa 68 Prozent, während die Straßenbahn Erhöhungen von rund 30 Prozent vornehmen mußte.

Die Wiener Stadtwerke

Die Wiener Stadtwerke hatten für das Jahr 1951 Ausgaben in der Höhe von 1.288,113.700 Schilling und Erträge von 1.210,067.800 Schilling präliminiert, sodaß ein Abgang im Voranschlag von 78,047.900 Schilling resultierte. Im Rechnungsabschluß für 1951 ergaben sich jedoch Aufwendungen in der Höhe von 1,620,576.574 Schilling und Erträge von 1.603,115.078 Schilling und ein Abgang von 17,461.496 Schilling.

Die Aufwendungen waren somit um 25,8 Prozent und die Erträge um 32,5 Prozent gestiegen, während der Verlust um 60,584.404 Schilling gesunken war. Der Verlust des Jahres 1951 mit 17,461.495 Schilling verteilt sich mit einem Abgang von 44,757.014 Schilling auf die Verkehrsbetriebe, mit einem Gewinn von 21,288.266 Schilling auf die E-Werke und mit einem Gewinn von 6,007.252 Schilling auf die Gaswerke.

Mit dem Verlustvortrag von 111,7 Millionen Schilling ergibt sich am Ende des Jahres 1951 ein neuer Verlustvortrag in der Höhe von 129,245.749 Schilling. Die Vermögensrechnung zum 31. Dezember 1951 weist eine Bilanzsumme von 1705,6 Millionen Schilling, im Vorjahr 1364,5 Millionen Schilling, aus. Nach Abzug des Verlustvortrages von 111,8 Millionen und des Verlustes aus dem Geschäftsjahr 1951 von 17,4 Millionen Schilling verbleibt ein Rohvermögen von 1576,4 Millionen Schilling, im Vorjahr 1252,7 Millionen. Davon entfallen auf das Anlagevermögen 884,9 Millionen Schilling und auf das Umlaufvermögen 691,5 Millionen Schilling. Diesen Vermögenswerten steht ein Eigenkapital von 381,7 Millionen Schilling und Schulden von 1194,7 Millionen Schilling gegenüber. Das Anlagevermögen ist somit zu rund 43 Prozent durch Eigenmittel gedeckt. Im Vorjahr waren es nur 39 Prozent. Es hat sich also auch hier eine leichte Besserung ergeben. Die Beitragsleistung der E- und Gaswerke an die Verkehrsbetriebe scheint in der Erfolgsrechnung der Stadtwerke nicht auf. Das **günstigere** Erträgnis gegenüber dem Voranschlag ist auf die im August 1951 erfolgten Tarifregulierungen, auf die Preiserhöhungen für Koks und sonstige Nebenprodukte bei der Gaserzeugung, auf einen Mehrverbrauch an Strom und eine höhere Beförderungszahl auf Straßenbahn, Stadtbahn und Autobus zurückzuführen. Die steuerbegünstigte Abschreibung für 1951 in der Höhe von 126,743.300 Schilling konnte um 36 Millionen Schilling höher als im Vorjahr angesetzt werden. Der Rückstellung für Pensionsverpflichtungen wurde ein Betrag von 246 Millionen Schilling zugewiesen. Das Eigenkapital des Unternehmens erfährt durch die erfolgte Zuführung zur Erneuerungsrücklage, gerechnet vor Abzug des Verlustvortrages und des Verlustes aus dem Berichtsjahr - eine Steigerung auf 510,9 Millionen, während es sich nach Abzug der erwähnten Ver-

luste auf 381,6 Millionen gegen 272,4 Millionen Schilling am Ende des Jahres 1950 beläuft.

Der Personalstand bei den Wiener Stadtwerken beträgt mit Ende des Berichtsjahres 20.109 Aktive und 17.361 Pensionisten. Bei den Aktiven trat gegenüber 1950 eine Personalreduktion um 246 Personen ein, die Zahl der Pensionisten stieg jedoch um 295. Am krassesten ist das Verhältnis bei den Verkehrsbetrieben, wo auf 100 Aktive 93,8 Pensionisten entfallen.

StR.Dkfm.Nathschläger kommt sodann auf die Investitionen zu sprechen, für die im Jahre 1951 rund 262 Millionen Schilling aufgewendet wurden. Bei den E-Werken mußten besondere Ausbau- und Erhaltungsarbeiten im Dampfkraftwerk Simmering und Engerthstraße vorgenommen werden, wie die Errichtung und Fertigstellung der Kohlenförder-, Kessel-, Maschinen- und elektrischen Anlagen. Es mußten Straßen zwischen den Werken angelegt und für die Bediensteten Wasch- und Garderoberräume geschaffen werden. Beim Bau des Umspannwerkes West wurde die Dachgleiche erreicht. Die baulichen Arbeiten in der Freiluftanlage wurden soweit fertiggestellt, daß mit der Aufstellung der Eisenkonstruktion begonnen werden konnte. Im Umspannwerk Nord konnten die Arbeiten an der 30 kV-Schaltanlage beendet werden. Auch für den Ausbau, die Verbesserung und Modernisierung der Umspannwerke Süd, Michelbeuern, Leopoldstadt, Schmelz und Ebenfurth und der Unterwerke Niernbergergasse, Engerthstraße, Floridsdorf, Mariahilf, Kaunitzgasse, Sechshaus, Schmelz, Favoriten und Weißgerber wurde gesorgt.

Auch bei den Gaswerken wurde eine Reihe wichtiger Investitionen vorgenommen. So wurde im Gaswerk Simmering u.a. der Kessel 5 auf Erdgasheizung umgebaut und mit dem Bau der inzwischen in Betrieb genommenen Methanspaltanlage begonnen. Im Gaswerk Leopoldau wurde der Umbau der Kammerofenanlage I mit 44 Kammern und die Erneuerung des großen Gasbehälters II, der bereits in Betrieb genommen wurde, fortgesetzt. Außerdem wurde die Gerbstoffanlage 1 fertiggestellt und mit den Arbeiten zum Bau der Gerbstoffanlage 2 und dem Bau eines Gerbstoffabfüllagers samt Rohrbrücke und Faßbinderei begonnen. Ferner wurde eine Destillieranlage für Phthalsäureanhydrid errichtet. Für Siedlungen und Wohnhausbauten wurden 19.443 m Rohre neu gelegt und eine Druckregleranlage geschaffen.

Bei den Straßenbahnen betrug die Gesamtstrecke der Gleis-erneuerungen im Jahre 1951 fast 16.000 m Schienen mit 120 Weichen und 90 Kreuzungen. Bei der Stadtbahn konnte der Umbau der Haltestelle Westbahnhof trotz der außerordentlich kurzen Bauzeit termingemäß fertiggestellt und in Betrieb genommen werden. Im Wagenpark der Straßenbahn ist teilweise eine Modernisierung eingetreten. So konnten vor allem im Berichtsjahr 33 neue Triebwagen der Serie B und 20 Triebwagen der Reihe A in Betrieb genommen werden. Die Hauptwerkstätten durchliefen im Jahre 1951 4.239 Schienenfahrzeuge. Die Straßenbahn konnte weiters dadurch ihren Betrieb verbessern, daß bei einer Reihe von Linien der Betriebsbeginn vorverlegt oder der Betriebsschluß hinausgeschoben wurde.

Die E-Werke haben im Berichtsjahr über eine Million Megawattstunden Strom erzeugt. Die Gaswerke haben 168 Millionen Kubikmeter Kohlendgas und 138 Millionen ^{Kubikmeter} Koksgas hergestellt, 29.000 Kubikmeter Spaltgas beigemischt und 92 Millionen Kubikmeter Erdgas bezogen. Die Gesamtsumme von 398 Millionen Kubikmeter Gas war um rund 20 Millionen Kubikmeter kleiner als die entsprechende Summe des Jahres 1950. Die Wiener Verkehrsbetriebe haben auf der Straßenbahn und Stadtbahn im Berichtsjahr 510 Millionen Fahrgäste, mit Autobussen fast 29 Millionen und im Obusbetrieb 2,7 Millionen Personen befördert.

Die Gesamtzahl der Zähleranlagen betrug bei den E-Werken Ende 1951 808.097. Die Zahl der neu angeschlossenen Anlagen ist noch immer im Steigen begriffen. Die Zahl der Gasmesser belief sich auf 574.064 und ist in einem Zeitraum von vier Jahren um fast 70.000 gestiegen. Die Gasgemeinschaft hat 1951 11.708 Teilzahlungsaufträge für Gasgeräte im Werte von 18,2 Millionen Schilling durchgeführt.

Die Generaldirektion der Stadtwerke konnte durch Zentralisierung verschiedener Agenden Kosteneinsparungen erzielen. So wurde die Lagerhaltung in zentralen Magazinen zusammengefaßt und ein gemeinsames Fracht- und Zollbüro errichtet. Die Vorarbeiten für das gemeinsame Strom- und Gasinkasso wurden mit Ende 1951 durchgeführt, so daß mit Beginn des heurigen Jahres probeweise im 3. und 16. Bezirk mit dem gemeinsamen Inkasso begonnen werden konnte.

Der Berichterstatter beantragt, den Rechnungsbericht der

Stadtwerke zu genehmigen und den Verlust von 17,5 Millionen Schilling auf neue Rechnung vorzutragen.

Das Brauhaus der Stadt Wien schließt im Berichtsjahr mit Aufwendungen von 40,437.200 S und Erträgen von 41,563.600 S, somit mit einem Gewinn von 1,126.400 S. Dieses Ergebnis ist um 8,1 Millionen Schilling günstiger als der Voranschlag. Der Stadtrat beantragt, den Gewinn auf neue Rechnung zur teilweisen Abdeckung des Verlustes aus den Vorjahren vorzutragen.

Die Städtische Bestattung schloß bei Ausgaben von 44,8 und Erträgen von 45,2 Millionen Schilling mit einem Gewinn von 421.300 S. Das Jahr 1951 brachte im wesentlichen den Abschluß der Kommunalisierung des Bestattungswesens. Die Zahl der Bestattungen erhöhte sich dadurch gegenüber dem Vorjahr von 24.008 auf 28.693. Im Personalstand ist trotz der Übernahme der privaten Bestattungsunternehmungen nur eine geringe Erhöhung eingetreten. Der Berichterstatter beantragt, vom Jahresgewinn 200.000 S an die Stadt Wien abzuführen und den Rest von 221.000 S der allgemeinen Rücklage der Unternehmung zuzuweisen.

Die Gewista schließlich verzeichnete mit Aufwendungen in der Höhe von 7,8 Millionen Schilling und Erträgen von 7,9 Millionen Schilling einen Gewinn von 100.000 S. Hier ist es 1951 gelungen, sämtliche Kriegsschäden zu beseitigen. Zu Ende des Jahres war der verfügbare Plakatierungsraum mit 79.600 m² um 31.000 m² größer als 1945. Der Referent beantragt, den Gebarungüberschuß von 100.000 S an die Stadt Wien abzuführen.

Abschließend gibt Stadtrat Dkfm. Nathschläger bekannt, daß bei den Städtischen Unternehmungen im Jahre 1951 Anlagenzugänge in der Gesamthöhe von 268,7 Millionen Schilling - davon allein 262 Millionen Schilling bei den Stadtwerken - zu verzeichnen waren, und empfiehlt dem Gemeinderat die Annahme der von ihm gestellten Anträge. (Lebhafter Beifall bei der ÖVP.)

GR.Dr. Soswinski (LBl.) behauptet, daß durch das Defizit der Stadtwerke bei der Bevölkerung der Eindruck erweckt werden soll, es wären keine Verbesserungen bei den Verkehrsbetrieben und keine Tarifsenkungen möglich. Durch die Rückstellungen für zukünftige Pensionen werden jedoch zusätzliche und doppelte Abschreibungen vorgenommen. Der Verlust von 17,5 Millionen Schilling existiere also nicht wirklich. Dr. Soswinski wendet sich auch

gegen die Vorschreibung der Gebrauchsgebühren. Er hebt ferner hervor, daß die Gaswerke und E-Werke bereits namhafte Gewinne abwerfen.

Der Redner spricht dann über die Unfälle bei den Verkehrsbetrieben und im besonderen über das Unglück auf der Breitenfurter Straße. Er kritisiert die Sicherheitsverhältnisse auf der Straßenbahn. Im Verlauf seiner weiteren Ausführungen bemängelt der Redner, daß viele Investitionen, die im Voranschlag eingesetzt wurden, dann nicht durchgeführt werden und verweist dabei auf einige Beispiele.

Bezüglich der Städtischen Bestattung könne man wirklich sagen: "Sie schwimmt in der Fetten!", denn sie habe einen Gewinn von 36 % aufzuweisen, während jedoch für 1953 nur eine Senkung der Leichenbestattungskosten von 10 % vorgesehen ist. Es sei hier die letzte Gelegenheit, bei der Städtischen Bestattung hinter die Kulissen zu blicken, denn, da beabsichtigt sei, sie den Stadtwerken einzuverleiben, werde man in Hinkunft keine genaueren Angaben mehr erhalten können.

Der Linksblock sei der Meinung, daß es das oberste Prinzip der Verwaltung städteigener Werke - ob sie nun als Stadtwerke oder als andere Unternehmungen, die der Stadt gehören, auftreten - sein müsse, ausschließlich im Dienste der Bevölkerung zu einem möglichst billigen Tarif ohne Gewinnverschleierung und ohne stille Reserven zu arbeiten. Die vorliegenden Rechnungsabschlüsse beweisen aber gerade das Gegenteil, und aus diesem Grunde lehnt der Linksblock diese Bilanzen ab.

GR. Kaps (SPÖ) gibt namens seiner Fraktion die Erklärung ab, daß ihre Stellungnahme nur positiv sein könne, weil aus den vorliegenden Bilanzen ein weiterer Fortschritt im Aufbau und Ausbau dieser Unternehmungen und bei der Behebung der Kriegsschäden zu konstatieren sei.

Man müsse feststellen, daß die Stadtwerke durch die Vereinheitlichung und Zusammenlegung der Pensionsauszahlung, durch die Vereinheitlichung der Einkaufsmöglichkeiten und durch die zentrale Lagerverwaltung ganz erhebliche Einsparungen bei den Verwaltungskosten erzielen konnten.

Bei seiner Polemik habe Dr. Soswinski eine Tatsache verschwiegen, die die soziale Einstellung der Führung der Stadtwerke und der Stadtväter dieses Hauses dokumentiere, daß nämlich im Jahre 1951 der Grundstein dazu gelegt wurde, für die Bediensteten der Stadtwerke und der Städtischen Bestattung Wohnungen zu schaffen. Die Leistungsteigerung bei den E-Werken habe Dr. Soswinski als etwas Selbstverständliches hingenommen. Der Gasverbrauch sei deshalb zurückgegangen, weil die Kohlenversorgung für den Hausbrand sich gebessert habe und die Bevölkerung in den Wintermonaten nicht mehr darauf angewiesen ist, Wohnungen mit dem Gasbackrohr zu erwärmen. Es müsse als eine besondere Leistung der Verkehrsbetriebe angesehen werden, daß sie in einem Jahre 541 Millionen Personen beförderten.

Es sei auch richtig, daß die Stadtwerke große Rücklagen für Versorgungsgenüsse angelegt haben. Es war dies notwendig, weil bei der Pensionistenanzahl eine rückläufige Bewegung festzustellen war und Vorsorge getroffen werden mußte, die Angestellten nicht durch eine Erhöhung der Pensionsbeiträge stärker zu belasten.

Die Tatsache, daß sowohl der Vertreter des Linkblocks als auch der Sprecher der Unabhängigen ähnliche Ausführungen über die Gebrauchsgebühren gemacht haben, lasse darauf schließen, daß diese beiden Gruppen nicht nur auf wirtschaftlichem Gebiet dieselben Anschauungen haben, sondern sich auch auf politischem Gebiet ihre Auffassungen annähern. (GR. Wicha: Aber geh! Plausch net, Peperl!)

Man müsse Dr. Soswinski fragen, in welcher Stadt Europas hinter dem Eisernen Vorhang solche Tarife erstellt sind wie seitens der Wiener Stadtwerke. Die Tarife der Verkehrsbetriebe seien nur knapp auf das Vierfache, die der Gaswerke auf das Vierfache und die Strompreise auf das Eineinhalbfache erhöht worden. (GR. Wicha: Die Gehälter aber nur auf das 3.5fache!) Die Tarife der Verkehrsbetriebe können jedem Vergleich mit Tarifen des Auslandes standhalten.

Es stehe dem Linkblock nicht an, auf die hohe Arbeitslosenziffer hinzuweisen, da die USIA-Verwaltung beispielsweise bei Instandsetzungsarbeiten Badezimmerreinrichtungen und Armaturen, die in Österreich erzeugt werden könnten, aus Ungarn importiert.

Der Redner stellt an Dr. Soswinski die Frage, ob an die

Freigabe des Donauverkehrs gewisse Bedingungen geknüpft wurden. (GR.Dr. Soswinski: Nein!) Da muß ich Sie eines Besseren belehren! Es wurden nämlich die Bedingung gestellt, daß 50 Prozent der Umschlagsgüter in den von der sowjetischen Verwaltung betriebenen Umschlagplätzen umgeladen werden müssen. Gerade solche Umstände zeigen, in welcher Abhängigkeit von einer Besatzungsmacht sich die österreichische Wirtschaft befindet.

Die sozialistische Fraktion werde für die Anträge des Referenten stimmen.

Berichterstatter Stadtrat Dkfm. Nathschläger weist darauf hin, daß Dr. Soswinski im wesentlichen dasselbe wie bei den vorangegangenen Rechnungsabschlüssen der Städtischen Unternehmungen gesagt habe. Er habe als Argument angeführt, daß in den Bilanzen der städtischen Betrieben in zweifacher Hinsicht Absetzungen vorgenommen wurden, nämlich einerseits für Abschreibungen und andererseits für Rückstellungen und Pensionsverpflichtungen, so daß sich effektiv ein Gebarungsüberschuß ergeben würde und daher die Tarife gesenkt werden müßten. Dazu sei zu sagen, daß die Wiener Bevölkerung sich bestimmt darüber freue, daß überhaupt die Möglichkeit geschaffen werden konnte, Beträge in einem solch gigantischen Ausmaß aufzubringen, wie es im Jahre 1951 mit immerhin 262 Millionen Schilling der Fall war. Die Bevölkerung würde bestimmt nicht den Tausch eingehen wollen, zwar für den Kubikmeter Gas statt 87 nur 80 Groschen zu zahlen, dafür aber in Kauf nehmen zu müssen, daß bei der Straßenbahn keine neue Wagen beschafft werden können, so daß die Wiener auch in den kommenden Jahren noch in altersschwachen Straßenbahnwagen fahren würden. Die Wiener Bevölkerung versteht sehr wohl, was mit den Tarifen der Städtischen Unternehmungen geschieht. Sie ist sehr zufrieden darüber, daß so große Werke, wie wir sie geschaffen haben, mit diesen Geldern weiterhin finanziert werden können.

Zu dem in der Debatte erwähnten Straßenbahnunglück in der Breitenfurter Straße und dem inzwischen durchgeführten Strafverfahren erklärt der Stadtrat: Ich habe mich mit einem Gerichtsverfahren, in dem festgestellt wurde, wo Schuld oder wo nicht Schuld ist, nicht zu beschäftigen.

Ich habe lediglich dafür Sorge zu tragen und es ist meine ständige Leitlinie, die mich seit der Unglücksserie bewegt, daß wir diese unheilvolle Verkettung von massierten Unglücksfällen dazu benützen wollen, um in einer forcierten Anstrengung beim Wagenpark der Verkehrsbetriebe die notwendigen Voraussetzungen zu schaffen, damit sich derartige Unfälle nach Möglichkeit nicht mehr ereignen können. Diese Unfallserie wird uns immer wieder dazu anspornen, mit besonderer Konsequenz an dem Ausbau und der Modernisierung unseres Fahrparkes zu arbeiten. Damit werden wir der Bevölkerung den besten Dienst erweisen können.

Bezüglich des Erdgases weist der Berichterstatter darauf hin, daß die Gaswerke die bisher angebotenen Erdgasmengen immer angenommen haben und daß sie, wenn die Voraussetzungen dazu geschaffen werden, auch bereit sind, zusätzliches Erdgas abzunehmen. Es ist das Verdienst des Renner-Preisträgers vom vorigen Jahr, Ing.Köck vom Simmeringer Gaswerk, der mit einem gewissen Risiko die Erdgasfeuerung in den Simmeringer Werken ermöglicht hat. Mit voller Verantwortung wolle er aber als Stadtrat sagen, daß auch eine etwaige Ersparnis auf diesem Gebiete als zusätzliche Investition den Verkehrsbetrieben zugute kommen wird, denn dort sind noch Schäden zu beseitigen, die in die hunderte Millionen Schillinge gehen. Da Anleihen nicht zu bekommen sind, müssen wir die Mittel nehmen, wo sie anfallen, und derartige Ersparnisse dafür verwenden. Solange diese schweren Mängel bei den Verkehrsbetrieben noch zu beseitigen sind, darf die Bevölkerung mit einer Reduzierung des Gaspreises nicht rechnen. Ich werde der Bevölkerung aber immer wieder sagen, erklärt Stadtrat Nathschläger, wofür wir diese Ersparnisse einsetzen, und ich bin fest überzeugt, daß die Bevölkerung in dieser Hinsicht mit uns geht.

Abschließend weist der Berichterstatter darauf hin, daß sich beim Rechnungsabschluß 1951 gegenüber dem Präliminare eine Verbesserung bei den Stadtwerken um 60,6 Millionen Schilling, beim Brauhaus von 8,2 Millionen Schilling, bei der Bestattung von 321.000 Schilling und bei der Gewista von 2000 Schilling ergab.- Das finanzielle Bild ist also insgesamt um rund 69 Millionen besser ausgefallen. Wir haben 1951 unter sehr labilen wirtschaftlichen

Verhältnissen gearbeitet. Die Wertansätze lassen sich oft nicht vergleichen. Infolgedessen ist es besser, wenn man die Bilanz des Jahres kennzeichnen will, auf die tatsächlich erbrachten Leistungen hinzuweisen. Wir haben im Berichtsjahr um 64 1/2 Mill. Kilowattstunden mehr Strom verkauft, wir haben die nutzbare Gasmenge um 1,5 Millionen Kubikmeter gesteigert, wir haben auf der Straßenbahn und Stadtbahn 21,9 Millionen Fahrgäste mehr befördert, wir haben mehr Bier abgesetzt und die Plakatfläche und die Werbetätigkeit der Gewista bedeutend vergrößert.

Ich darf auch hervorheben, daß das Personal dieser sechs Unternehmungen ebenso wie die Personalvertretung mit uns mitgegangen ist und die Bestrebungen, die wir verfolgten, unterstützt hat. Es wurden stolze Erfolge erzielt, die bleiben und die Voraussetzungen zu neuen Erfolgen schaffen. Die Bilanz der Stadtwerke ist im Jahre 1951 zum Unterschied von den Vorjahren praktisch ausgeglichen. Es ist mir ein wirkliches Herzensbedürfnis, der gesamten Belegschaft der Städtischen Unternehmungen den herzlichsten Dank für ihre Leistung, für ihr Mitgehen und für ihre Mitarbeit auszusprechen. (Allgemeiner Beifall.) Wir haben gemeinsam gearbeitet und haben gemeinsame Erfolge erringen können. Wir freuen uns, damit dem Wiener Volke wieder den unbestreitbaren Beweis eines in seinen Diensten erfolgreichen Wirkens abgestattet zu haben. In diesem Sinne ersuche ich, den Rechnungsabschluß 1951 zu genehmigen. (Beifall bei der ÖVP und SPÖ.)

Bei der Abstimmung werden die Anträge des Berichterstatters ohne die Stimmen des Linksblockes angenommen und damit der Rechnungsabschluß der Städtischen Unternehmungen für 1951 genehmigt.

GR. Tschak (ÖVP) referiert einen Antrag auf Verkauf des Schlosses Neulengbach an den Schloßverein Neulengbach. Das genannte Objekt, das nach 1945 von einer Besatzungsmacht benützt wurde, ist in einem derartigen Zustand, daß es der Gemeinde Wien als nicht tragbar erscheint, Investitionen vorzunehmen. Seit 1949 werden bereits Verhandlungen über den Verkauf des genannten Objektes geführt. Die Schloßgemeinde Neulengbach will nun die Liegenschaft im Ausmaß von 63.000 m² um 250.000 Schilling kaufen. Der Referent bittet um Annahme des Antrages.

Es lagen keine Wortmeldungen vor. Der Antrag wurde mit Stimmenmehrheit angenommen.

Über den nächsten Punkt der Tagesordnung, die Einbeziehung der Unternehmung Gemeinde Wien - Städtische Bestattung in die Wiener Stadtwerke referiert Dkfm. Nathschläger. Er weist darauf hin, wie gut sich die im Jahre 1948 erfolgte Zusammenfassung der drei großen Versorgungsunternehmungen, E-Werke, Gas-Werke und Verkehrsbetriebe ausgewirkt habe. Diese erfreulichen Erfolge lassen es angezeigt erscheinen, auf diesem Gebiet einen Schritt weiterzugehen und die Städtische Bestattung im Hinblick darauf, daß sie nun durch die fast abgeschlossene Kommunalisierung zu einem Monopolbetrieb wurde in die Wiener Stadtwerke einzubeziehen. Es würde damit auch eine Verwaltungsvereinfachung erreicht werden. Hierzu ist eine Änderung des Organisationsstatuts und die Abänderung des Verzeichnisses der Unternehmungen der Stadt Wien notwendig. Das Organisationsstatut soll dahingehend abgeändert werden, daß nunmehr zehnpromzentige Überschreitungen der Ansätze ohne Genehmigung durch den zuständigen Ausschuß durchgeführt werden können.

Dr. Soswinski (LBl.) sagt, daß bei der Bestattung große Reserven angesammelt wären, und man nach der Einbeziehung in die Stadtwerke die inneren Zusammenhänge nicht mehr erkennen könne. Aus diesem Grunde werde seine Fraktion nicht für den vorliegenden Antrag stimmen.

Stadtrat Dkfm. Nathschläger verweist in seinem Schlußwort darauf, daß man für die Reserven der Städtischen Bestattung wohl eine Verwendung gehabt habe. Die überschüssigen Beträge sind als Erhöhung der Beteiligung an der Siedlungsgenossenschaft der Städtischen Unternehmungen verwendet worden. Er betont auch, daß die Tarifsenkung 3,5 Millionen Schilling im Jahr betragen wird.

Bei der Abstimmung wird der Antrag ohne die Stimmen der WdU und des Linksblocks angenommen.

Der Vorsitzende, Bürgermeister Jonas, teilt noch mit, daß von der WdU ein Antrag und zwei Anfragen eingebracht wurden. Er unterbricht hierauf um 18.15 Uhr die Sitzung des Wiener Gemeinderates. Morgen vormittag, um 9 Uhr, wird der Gemeinderat mit den Beratungen über den Voranschlag für das Jahr 1953 beginnen. Der Referent ist Stadtrat Resch.

Rinderhauptmarkt vom 15. Dezember
=====

15. Dezember (RK) Inland: 369 Ochsen, 245 Stiere, 1.060 Kühe, 122 Kalbinnen, Summe 1.796. Verkauft wurden 355 Ochsen, 243 Stiere, 1.048 Kühe, 120 Kalbinnen, Summe 1.766. Unverkauft: 14 Ochsen, 2 Stiere, 12 Kühe, 2 Kalbinnen, Summe 30. Die unverkauften Tiere wurden der Kontumazanlage überstellt. Es notierten: Ochsen 6,50 bis 10 S, Stiere 7 bis 9,50 S, Kühe 5,50 bis 8,80 S, Kalbinnen 7 bis 9 S, Beinlvieh 4,50 bis 6,20 S.

Bei anfangs ruhigem, später lebhafteren Marktverkehr verbilligte sich Bankware um 30 bis 40 Groschen und Beinlvieh um 20 Groschen.